

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 688 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Prof. Dr. Peter von Oertzen nimmt Stellung zur derzeitigen Wahlrechtsdiskussion: Keine gesetzestechnischen Finessen!

Seite 1

Hans-Josef Legrand bespricht das Buch von Will Cremer und Ansgar Klein über "Umbrüche in der Industriegesellschaft"

Seite 3

45. Jahrgang / 129

10. Juli 1990

Keine gesetzestechnischen Finessen! Zum Wahlrecht für gesamtdeutsche Wahlen

Von Professor Dr. Peter von Oertzen
Mitglied des SPD-Präsidiums

Ich befürworte mit Nachdruck für die gesamtdeutschen Wahlen im Winter 1990 - als Übergangslösung für die ersten Wahlen, nicht als Dauerlösung - die Wahl in zwei getrennten Wahlgebieten: West (BRD und Westberlin) und Ost (DDR) mit jeweils separaten Mindestklauseln, fünf Prozent (wie bisher) für das Gebiet West und drei Prozent (gegebenenfalls fünf Prozent) für das Gebiet Ost.

Ich halte eine solche Lösung - wie gesagt als Übergangslösung - nicht für einen Verstoß gegen allgemeine Verfassungsgrundsätze oder gegen das GG - falls es durch Beitritt der DDR vor den Wahlen bereits in ganz Deutschland in Geltung sein sollte.

Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz zieht hierbei nicht. Er besagt, daß Gleiches gleich behandelt werden muß, Ungleiches aber ungleich behandelt werden darf. Es ist nun aber unstrittig, daß bestimmte DDR-spezifische Parteien de facto noch keine Chance hatten, sich gesamtdeutsch zu organisieren. Ihre tatsächliche Lage ist der der großen gesamtdeutschen Parteien nicht gleich und kann es nicht sein. Ihre formale Privilegierung bedeutet also reale Chancengleichheit. Der konkrete Verfassungsgrundsatz "gleicher" Wahlen bedeutet nicht mehr und nicht weniger als das Verbot ungleicher Stimmen der einzelnen Wahlberechtigten bei der Stimmabgabe (also Regelungen wie Dreiklassenwahlrecht, Mehrstimmenrecht, Ausschluß bestimmter sozialer Gruppen von der Wahl et cetera); er bedeutet nicht die Gleichheit des Erfolgswertes jeder Stimme. Die gibt es praktisch nirgendwo. Schon die Mindeststimmenklauseln (drei Prozent, fünf Prozent, zehn Prozent in einem Regierungsbezirk wie früher in Bayern) privilegiert die großen Parteien und diskriminiert die Wähler von "Splitterparteien" (was ja der Zweck der Übung ist). Unzweifelhaft wäre das relative Mehrheitswahlrecht nach britischem Muster in der BRD verfassungskonform (seine Einführung wurde ja 1966 bis 1969 erwogen), obwohl es zu riesigen Differenzen im Erfolgswert der Stimmen zu führen pflegt. (1951 erhielt in Großbritannien die Labour-Party die Mehrheit der Stimmen, verlor aber die Unterhausmehrheit an die Konservativen).

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit wertvollen Rücklagen
Recycling-Papier



In Bundesstaaten gibt es bei den Wahlen zu den zweiten - föderativen - Kammern der gesetzgebenden Körperschaften in der Regel Riesendifferenzen beim Erfolgswert der Stimmen: Bei den Senatswahlen in den USA wiegt der Erfolgswert der Stimme eines Wählers aus Alaska etwa 80 mal so viel wie der eines kalifornischen Wählers. Vergleichbares gilt, wenn wir die Stärke der bundesdeutschen Länder im Bundesrat mit der hinter ihnen stehenden Wählerschaften vergleichen.

Nirgendwo im Verfassungsrecht sind Abweichungen von formalen Gleichheitsgrundsätzen so sehr gang und gäbe wie im Wahlrecht, sofern übergeordnete verfassungspolitische Gesichtspunkte (Stabilität der Regierung als Grund für Mindeststimmeklauseln, Gleichgewichtigkeit unterschiedlich großer Länder im Bundesstaat usw.) es nahelegen. Sollte es bei einer revolutionären verfassungspolitischen Entwicklung wie der Vereinigung Deutschlands nicht solche übergeordneten Grundsätze geben, zumindest für eine Übergangsphase des Zusammenwachsens?

Darüber hinaus geht es bei dem derzeitigen Streit um das gesamtdeutsche Wahlrecht ganz offensichtlich überhaupt nicht um Grundsätze, sondern um banale kurzfristige Parteltaktik - sowohl bei der CDU/CSU, als auch (leider!) bei der SPD. Ich bedauere das zutiefst.

Eine vorübergehende formale Privilegierung DDR-spezifischer Parteien wäre nicht nur ein Gebot realer Gleichbehandlung, sondern auch ein Gebot demokratischer politischer Kultur in einer Situation revolutionärer Veränderungen. Wir sollten alles tun, um möglichst viel von der neugewonnenen demokratischen Eigenständigkeit der DDR zu bewahren und ihnen aus der Revolution vom Herbst 1989 herrührenden politischen Besonderheiten ein Ein- und Überleben im vereinigten Deutschland zu ermöglichen. Dies gilt vor allem für die Bürgerrechtsparteien der DDR, die nicht gezwungen werden sollten, entweder bei den Grünen oder bei der SPD unterzukriechen, um überleben zu können. Aber auch mit der SED-Erbin PDS sollte die Auseinandersetzung politisch geführt werden und nicht mit gesetzestechnischen Feinissen.

Darüber hinaus erscheinen mir auch die taktischen Überlegungen, die hinter der Haltung der großen Parteien sichtbar werden, selbst bei Anlegung enger Maßstäbe des Parteiinteresses höchst kurzschlüssig. Liegt es wirklich im Interesse der SPD, die DDR-Bürgerrechtsparteien in die Arme der "Grünen" zu treiben? Liegt es wirklich im SPD-Interesse, daß bei dem in Kauf genommenen Fortfall von vielleicht 4,8 Prozent gesamtdeutschen PDS-Stimmen CDU/CSU und FDP mit Sicherheit eine satte Mandatsmehrheit im gesamtdeutschen Parlament bekommen? Man verstehe mich recht: Ich plädiere nicht für eine Zusammenarbeit oder ein Bündnis zwischen SPD und PDS. Aber wenn Kohl/Genscher im gesamtdeutschen Bundestag keine Mehrheit mehr hätten, dann könnte ohne die SPD keine Regierung gebildet werden, selbst dann, wenn man die PDS völlig aus jeder Mehrheitsbildung ausklammert. Ist eine solche Schlüsselstellung für die SPD nicht ihr politisches Ziel? Im übrigen scheint es mir eine Illusion zu sein, anzunehmen, daß die PDS von der politischen Bildfläche verschwinden würde, wenn sie bloß nicht im neuen gesamtdeutschen Bundestag vertreten wäre: In Großberlin und den fünf DDR-Ländern behalte sie für lange Zeit eine solide politische Basis.

Im übrigen zwingt die gegenwärtige Wahlrechtstaktikerei die PDS geradezu, sich im Eiltempo in die BRD auszudehnen. Um gesamtdeutsch über die Fünf-Prozent-Grenze zu kommen, brauchte die PDS in der BRD und Westberlin 2,3 bis 2,4 Prozent der Stimmen. Wer zweifelt im Ernst daran, daß dieses Potential auf der "Linken" mobilisiert werden könnte? Erforderlich dafür wären: ein minimaler Apparat, zehn Landeslisten in den BRD-Ländern, 20 Tage intensive Anzeigen- und Plakatwerbung, ein paar Dutzend Großveranstaltungen mit Gysi und Modrow. Das Geld dafür sollte die PDS aufbringen können, oder?

Fazit: Die SPD-Haltung in dieser Frage ist nicht nur kleinkariert (um es nicht härter auszudrücken), sie ist überdies taktisch aller Voraussicht nach auch noch ineffektiv!

Anlage zu den Wahlichancen der PDS bei einer gesamtdeutschen Fünf-Prozent-Klausel (Zahlen abgerundet)

Wahlberechtigte

BRD (1987) und Westberlin (1989)	46.826 Millionen
DDR (1990)	12.426 Millionen

Wähler (bei einer angenommenen gleichmäßigen Wahlbeteiligung von 90 Prozent)

West (BRD und Westberlin)	42.143 Millionen
Ost	11.183 Millionen
Gesamt	53.326 Millionen

PDS-Chancen

Fünf Prozent der Gesamtwählerschaft	2.663 Millionen
Wähler Ost (angenommener Anteil 15 Prozent)	1.677 Millionen
	986 Tausend

Anteil der Differenz von 986 Tausend an der Wählerschaft West: 2,3 Prozent.

(-/10.7.1990/st/ks)

REZENSION

Den gesellschaftlichen Wandel analysieren, die Zukunft gestalten

Will Cremer / Ansgar Klein (Hrsg.): Umbrüche in der Industriegesellschaft, Herausforderungen für die politische Bildung, Leske + Budrich: Opladen 1990, 488 Seiten, DM 39,00.

Der Zusammenbruch der politischen und wirtschaftlichen Systeme Ost- und Mitteleuropas und die sich damit eröffnenden Möglichkeiten der politischen Gestaltung eines freien und demokratischen Gesamt-Europas drohen mehr und mehr die teils auch dramatischen Umbrüche in den modernen (Nach-) Industriegesellschaften des Westens in Vergessenheit geraten zu lassen. Doch während die Veränderungen in der Östlichen Hemisphäre für jedermann sichtbar, in quasi-revolutionärer Art und in atemberaubender Schnelligkeit verlaufen, vollzieht sich der Wandel in den Gesellschaften des Westens weniger spektakulär, langsamer und kaum von den Kameras der Fernsehanstalten publikumswirksam in Szene setzbar. Wer jedoch nicht leichtfertig seine Chance verspielen will, aktiv in den Prozeß der Zukunftsgestaltung eingreifen zu wollen, muß sich auch intensiv mit den Entwicklungen beschäftigen, die hier nur stichwortartig aufgelistet werden können.

Instanzen und Institutionen, die über Generationen hinweg Orientierungspunkte darstellten und ihre Rolle als Legitimationsgeber ausfüllten, haben auch bei uns unwiderrufbar an Bedeutung verloren. Zunehmende Individualisierungsprozesse, eine Pluralisierung der Lebensstile und die "stille Revolution" des Wertewandels weisen auf einschneidende Veränderungen der Sozialstruktur hin und verstärken sie gleichzeitig noch. Neue soziale Milieus mit infrastruktureller Vernetzung und vielfältigen Formen gelebter kultureller Praxis sind entstanden. Traditionelle Formen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und geschlechtsspezifische Rollenfixierungen sind durchbrochen. Massenmediale Informationsüberflutung, von der technologischen Revolution bewirkter Wandel in den Arbeitswelten und die Erfordernisse einer aktiven Freizeitgestaltung prägen heute zentral das Alltagsleben der Menschen. Die auf den modernen Wissenschaften beruhende Fortschrittsgewißheit ist bei großen Teilen der Bevölkerung längst und tief erschüttert. Ökologische Krise, umweltgefährdende Katastrophen und die Gefahren atomarer, chemischer, bio- und gentechnischer Produktionen unterstreichen den Charakter unserer Gesellschaft als (Rest-) "Risikogesellschaft".

Der Bamberger Soziologe Ulrich Beck, der diesen Begriff geprägt und damit öffentliche Diskussionen besetzt hat, versteht darunter Gesellschaften, die zunächst verdeckt, dann immer offensichtlicher mit den selbstgeschaffenen Selbstvernichtungsmöglichkeiten allen Lebens auf der Erde konfrontiert sind. Schließlich ist auch im politischen Prozeß zu beobachten, daß die Groß-Parteien ihren monopolartigen Zugriff auf die politische Willensbildung verlieren. Medien, Verbände und in vielfältigen (neuen) sozialen Bewegungen organisierten Bürgerproteste füllen wichtige und inzwischen unverzichtbare Funktionen im gesellschaftlichen Vermittlungsprozeß aus.

Anfang 1989 hatte die Deutsche Vereinigung für politische Bildung einen Kongreß veranstaltet, in dessen Mittelpunkt die Diskussion verschiedener Aspekte genau dieses Wandels der Industriegesellschaft standen. Ergänzt durch weitere Beiträge namhafter Zeitdiagnostiker haben nun Will Cremer, Referent bei der Bun-

deszentrale für politische Bildung in Bonn, und Ansgar Klein, Soziologie-Doktorand und freier Lektor, die Referate der Tagung in einem Buch veröffentlicht, das einem breiten Leserkreis einen konzeptionell durchdachten und inhaltlich breit gefächerten Einblick in die "Umbrüche in der Industriegesellschaft" (Kapitel I) geben kann. Doch den Herausgebern geht es nicht nur um bloße Problem-Skizzierung durch kompetente Wissenschaftler. Sie werfen auch die Frage nach der politischen Gestaltung der im gesellschaftlichen Wandel aufbrechenden Konflikte auf. Nach ihrer Auffassung ist eine Suche nach geeigneten Verfahren und Institutionen erforderlich, "die die zerstörerischen Auswirkungen der technologischen, militärischen, wirtschaftlichen und bürokratischen Modernisierungsprozesse minimieren, ohne das subtile Gleichgewicht von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gefährden". Zur Diskussion stehe die Modernisierung moderner Gesellschaften in demokratischen Formen, schreiben sie im Vorwort.

Autoren des Bandes sind unter anderem Ulrich Beck ("Von der Industriegesellschaft zur Risikogesellschaft"), Gerd-E. Famula ("Zum Wandel von Arbeit und Ökonomie"), Bernd Guggenberger ("Freizeitgesellschaft - Ohne Freizeit und Zeit"), Roland Eckert ("Die Entstehung besonderer Lebenswelten - Konsequenzen für die Demokratie") und Klaus M. Meyer-Abich ("Umwelt- und Sozialverträglichkeit: Neue Bedingungen einer politischen Ethik"). Das Buch, das parallel zur Buchhandelsausgabe auch bei der Bonner Bundeszentrale für politische Bildung erscheint und dort kostenlos bezogen werden kann, arbeitet Themen und Thesen auf, die auch jenseits akademischer Nachdenklichkeit und wissenschaftlicher Problemskizzierung nicht ohne politischen Sprengstoff sind. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang besonders auf einen Beitrag des Göttinger Politologen Axel Bux-Bartels. In seinem Aufsatz über "Massenarbeitslosigkeit" legt er schonungslos dar, wie seit Jahren dieses Problem erst durch Jonglieren mit Statistiken und dann durch Schaufensterreden und verbale Bekundungen beschönigt worden ist. Im Ergebnis sei das Zustandekommen eines Gewöhnungsprozesses und die entsprechende Verschiebung des gesellschaftlichen Normensystems der zentrale Erfolg der konservativ-liberalen Bundesregierung beziehungsweise insgesamt der neokonservativen Hegemonie in der Gesellschaft.

Alle Versuche, diesen Prozeß aufzuhalten oder gar umzukehren in Richtung einer stärkeren negativen Besetzung der Arbeitslosigkeit, waren und sind relativ erfolglos, lautet sein Befund. Seine Forderung ist ebenso eindeutig: Der gegenwärtige Prozeß des Herunterspielens der Arbeitslosenproblematik und vor allem die aktuell bereits getätigten und die geplanten Manipulationen der Arbeitslosenstatistik zur weiteren Verdrängung des Problems aus der öffentlichen und veröffentlichten Meinung müssen heftig bekämpft werden. Eine wichtige Rolle weist er dabei auch der politischen Bildung zu. Wenn ihr Auftrag lautet, den Menschen eine realitätsgerechte Vorstellung über die Wirklichkeit zu ermöglichen, dann ist sie gefordert, sich offensiv mit dem "Skandal Massenarbeitslosigkeit" (so der Titel einer neueren Studie des genannten Autors, die kürzlich ebenfalls als Buch bei Leske + Budrich erschienen ist) auseinanderzusetzen.

Überhaupt scheint die Rolle der politischen Bildung in dem von den Herausgebern geforderten Prozeß der gesellschaftlichen Konsensfindung kaum hoch genug eingeschätzt werden zu können. Problemstellungen (neben Lebensweltveränderungen), die die politische Bildung herausfordern, und Ziele, an denen sie sich orientieren könnte, stehen im Zentrum von Kapitel II und III. Insgesamt geben diese Aufsätze einen umfassenden Überblick zur aktuellen Perspektivdiskussion der politischen Bildung. Dabei wird deutlich, daß schulische wie außerschulische politische Bildung in Methodik und Didaktik auf die "Umbrüche in der Industriegesellschaft" reagieren müssen, wenn sie weiterhin einen Beitrag leisten wollen zur Entwicklung, Aufrechterhaltung und Stabilisierung des demokratischen Gemeinwesens. Nicht nur unmittelbar in der politischen Bildung Tätige finden in diesem Buch vielfältige Anregungen für diese unverzichtbare und zukunftsweisende Aufgabe. Dem Buch wünscht man deshalb auch viele (selbst-)kritische Leser, die in politischen, gewerkschaftlichen oder anderen gesellschaftlichen Bereichen politische Verantwortung tragen.

Am Rande sei noch vermerkt, daß die Herausgeber versucht haben, die Texte mit Zeichnungen zu den entsprechenden Themen- und Problemfeldern von dem Wiesbadener Karikaturisten Gerhard Mester "auflockern" zu lassen. Für einen Band mit hohem wissenschaftlichen Anspruch sicher eine unübliche und deshalb vielleicht auch mutige Entscheidung. Aber sicher auch eine gute und durchweg überzeugende, wie der Leser schnell wird feststellen können.

Hans-Josef Legrand

(-/10.7.1990/st/ks)
